Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7973**

14. Wahlperiode 09. 01. 2002

Antrag

der Abgeordneten Christel Riemann-Hanewinckel, Manfred Hampel, Reinhard Weis (Stendal), Iris Gleicke, Ulrich Kasparik, Sabine Kaspereit, Dr. Uwe Küster, Werner Labsch, Eckhard Lewering, Tobias Marhold, Silvia Schmidt (Eisleben), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Engelbert Wistuba, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD
sowie Werner Schulz (Leipzig), Andrea Fischer (Berlin), Antje Hermenau, Steffi Lemke, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Waggonbaustandorte erhalten

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstützt rückhaltlos den Einsatz der Belegschaften der Bombardier-Waggonbaubetriebe, der IG Metall, des Aktionsbündnisses „Pro Ammendorf“ und der betroffenen Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg für den Erhalt der Werke in Halle-Ammendorf und Vetschau. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der Landesregierung Sachsen-Anhalts, mit Hilfe einer Arbeitsgruppe und möglichen marktwirtschaftlichen Instrumenten im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe zur Auslastung der betroffenen Werke beizutragen.
2. Der Deutsche Bundestag steht voll hinter den Bemühungen der Bundesregierung, in Gesprächen mit der Bombardier-Geschäftsführung die gefährdeten Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Er fordert die Bundesregierung auf, sich auch weiterhin für den Erhalt der Standorte Halle-Ammendorf und Vetschau einzusetzen und z. B. im Rahmen entsprechender Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG die Möglichkeiten einer weiteren Auftragsvergabe an die Bombardier-Werke zu erörtern.

Berlin, den 9. Januar 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

Begründung

Der Erhalt der von der Schließung bedrohten Standorte Halle-Ammendorf und Vetschau ist für die strukturschwache Wirtschaft der beiden betroffenen Regionen von existentieller Bedeutung. In der Region Halle/S. würde nicht nur einer der modernsten Waggonbaubetriebe geschlossen, sondern auch 850 Familien

wären dadurch zum Wegzug aus der Region genötigt. Außerdem fallen mehr als 50 Ausbildungsplätze im dualen System weg. Bei beiden Standorten handelt es sich um moderne, von ihrer technischen Ausstattung konkurrenzfähige und auch mit erheblichen öffentlichen Mitteln ausgebaute Waggonbaubetriebe. Es wäre das falsche Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die größtenteils strukturschwachen neuen Bundesländer, wenn hoch moderne und leistungsfähige Industriebetriebe, die den Strukturanpassungsprozess erfolgreich bewältigt haben, in der Folge einer Unionsfusion geschlossen würden, obwohl Auslastung und Produktionsfortführung wirtschaftlich möglich sind.

Waggonbaubetriebe „leben“ zum größten Teil von der öffentlichen Auftragsvergabe. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages würden aus diesem Grund eine schnelle Anschlussproduktion, die durch eine entsprechende Auftragsvergabe durch die Deutsche Bahn AG (ICE-Züge, S-Bahnen) und die Landesregierung Sachsen-Anhalt (Talent-Züge) als realistisch erscheint, entschieden begrüßen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333